

## INHALT

1. SPD-Fraktion blockiert nicht länger Prüfungsrecht des Rechnungshofes bei Eingliederungshilfe
2. Land verweigert schnellen Termin für neuen Flüchtlingsgipfel
3. Zeugenbefragung im PUA „Friesenhof“ wirft Fragen an Darstellung der Ministerin auf
4. Sinkende Handelsumsätze und weniger Gründungen im Norden
5. SPD, Grüne und SSW winken Kommunalwirtschaftsgesetz durch
6. Bundesweite Umfrage: Bürger wollen den Ausbau von Autobahnen
7. CDU fordert weiterhin handlungsfähige Kommunalparlamente

03.06.2016

### **SPD-Fraktion blockiert nicht länger Prüfungsrecht des Rechnungshofes bei Eingliederungshilfe Koch: Endlich wird eine Selbstverständlichkeit Realität**

Seit 20 Jahren fordert der Finanzausschuss des Landtages einstimmig ein Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Die mittlerweile fast 700 Millionen Euro bilden den größten Posten im Landeshaushalt. Das Geld wird vom Land an die Kreise und von diesen an die Erbringer der Leistungen – vor allem Wohlfahrtsverbände – ausgezahlt. Diese dürfen nicht vom Landesrechnungshof geprüft werden. Sie hatten sich bislang einer vertraglichen Zustimmung zu einer solchen Prüfung verweigert.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode hatte die FDP einen Gesetzentwurf eingebracht, der über den Umweg des Kommunalprüfungsgesetzes Einblick in die Bücher der Wohlfahrtsverbände ermöglichen sollte. Der Wissenschaftliche Dienst hatte den Weg als gangbar begutachtet. Neben der FDP hatten die Abgeordneten von CDU, Piraten, Grünen und SSW Zustimmung signalisiert. Die SPD legte dann jedoch regierungsintern ihr Veto ein. Sie begründete dies mit angeblich bestehenden Kontrollmöglichkeiten der Kreise.

Nach diese Begründung widerlegender Berichterstattung in der vergangenen Woche knickte die SPD-Fraktion nun ein. Fraktionschef Stegner kündigte völlig überraschend an, dass seine Fraktion sich einer Zustimmung zum Gesetzentwurf der FDP nicht länger widersetzt. Dieser soll bereits in der Junisitzung in erster und zweiter Lesung beraten und beschlossen werden.

„Endlich kann eine Selbstverständlichkeit Realität werden: Der Landesrechnungshof darf künftig die Verwendung des größten Postens des Landeshaushalts auf Wirtschaftlichkeit überprüfen. Die Kosten und auch die Kostenentwicklung können künftig transparent

dargestellt werden. Davon haben auch und vor allem die Menschen mit Behinderungen etwas“, erklärte dazu CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Die Überprüfung der Verwendung der Mittel für Menschen mit Behinderungen sei – wie in allen anderen Bereichen auch – ein Gebot der Transparenz der Haushaltsführung. Darüber hinaus helfe der externe Blick in vielen Fällen dabei, mit dem zur Verfügung stehenden Geld möglichst viel zu erreichen. „Es ist deshalb gut, dass die SPD ihre Blockade aufgibt und als letzte Landtagsfraktion den Weg für ein Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes frei macht“, so Koch.



CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch

---

### **Land verweigert schnellen Termin für neuen Flüchtlingsgipfel CDU: Fehlende gemeinsame Linie von SPD, Grünen und SSW führt zu Problemen**

In dieser Woche preschte der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Städtetages, Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD), mit der Forderung nach einem neuen Flüchtlingsgipfel vor. Der Geschäftsführer des Gemeindetages, Jörg Bülow, schloss sich dieser an. Das Innenministerium will dieser Forderung erst im Herbst nachkommen. Bereits vor wenigen Wochen hatte Innenminister Studt auch dem Bundesinnenministerium eine Absage für ein Treffen erteilt, bei dem über aktuelle Probleme bei der Umsetzung der Flüchtlingspolitik gesprochen werden sollte.

Grund für die Forderung der Kommunen sind viele ungeklärte Fragen. So haben die Kommunen viel Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen angemietet. Auf den Kosten bleiben sie jetzt angesichts des Rückgangs der Flüchtlingszahlen sitzen. Probleme macht auch die Beschleunigung der Asylverfahren durch das BAMF. Bisher kamen Asylbewerber auch vor ihrer Anerkennung. Die Kommunen erhielten pro Person eine Pauschale von 2000 Euro, um beispielsweise Sprachkurse zu finanzieren. Nun werden die Asylbewerber anerkannt, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden. Deshalb unterliegen sie dem Sozialgesetzbuch, die 2000 Euro-Pauschale entfällt. Sprachkurse sind dennoch nötig. Weitere Probleme gibt es mit dem Bau zusätzlicher Klassenräume für Flüchtlingskinder, der Verfügbarkeit von Deutschlehrern und der Schaffung von Wohnraum.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, kritisierte vor diesem Hintergrund die Weigerung der Landesregierung scharf. Er führte sie auf eine fehlende gemeinsame Linie von SPD, Grünen und SSW zurück. Bereits in der Frage der Zustimmung zu den auf Bundesebene vereinbarten Asylpaketen sei immer wieder Uneinigkeit deutlich geworden, die am Ende zu Enthaltungen im Bundesrat führte.

„Da diese Asylpakete am Ende ohne Zustimmung Schleswig-Holsteins verabschiedet wurden, sind sie nun Gesetz. Wenn es Einigkeit über die Umsetzung geben würde, könnte der Innenminister die vom Bund und den Kommunen geforderten Gespräche führen und drängende Fragen verbindlich klären. Dazu ist er aber nicht in der Lage. Das schadet jetzt den Kommunen, den ehrenamtlich Tätigen und den Flüchtlingen“, so Günther.



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

---

### **Zeugenbefragung im PUA „Friesenhof“ wirft Fragen an Darstellung der Ministerin auf CDU: Versäumnis des Ministeriums ursächlich für fehlende Kontrollmöglichkeiten**



CDU-Obfrau Rathje-Hoffmann

Nach der Zeugenbefragung am Montag dieser Woche im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum „Friesenhof“ sieht die Obfrau der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, Sozialministerin Kristin Alheit in der Verantwortung für die Verschleppung der Überarbeitung der Kinder- und Jugendeinrichtungsverordnung (KJVO).

„Seit drei Jahren ist die KJVO des Landes Schleswig-Holstein nicht mehr zeitgemäß. Das Fehlen von Vorgaben für turnusmäßige Überprüfungen und einer klaren Marschroute durch die Hausspitze haben wesentlich zu den Problemen der Heimaufsicht beigetragen. Wenn die Überarbeitung der KJVO schneller zum Abschluss gekommen wäre, hätten die Mitarbeiter viel schneller und effizienter zum Schutz der Mädchen eingreifen können“, so Rathje-Hoffmann in Kiel.

Die immer wieder von der Ministerin vorgebrachte Rechtfertigung für das Ausbleiben von Kontrollen habe sich nun in Luft aufgelöst. Laut Alheit wäre es erst durch die Veränderung des Sozialgesetzbuches VII möglich, effizientere Kontrollen zu erreichen.

„Alheits Ministerium hat selbst die Chance gehabt, sich effektivere Kontrollmöglichkeiten zu schaffen. Diese Chance wurde zum Leid der Mädchen vertan“, so Rathje-Hoffmann.

---

## **Sinkende Handelsumsätze und weniger Gründungen im Norden CDU fordert mehr Freiraum für Unternehmen**



Johannes Callsen, wirtschaftspolitische Sprecher der CDU

Die in dieser Woche veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen waren erneut gut. Darüber wurde breit in den Medien berichtet. Weniger Aufmerksamkeit erhielten zwei weitere Meldungen, die in eine andere Richtung weisen.

Demnach ist Schleswig-Holstein im "Gründungsmonitor" der Kreditanstalt für Wiederaufbau in der Rangfolge der Bundesländer bei Existenzgründungen von Platz 6 auf Platz 8 abgerutscht. Und die Umsätze im Groß- und Außenhandel sind im Norden gesunken, was Experten als Frühindikatoren für ein Abkühlen der Konjunktur werten.

"Das Absacken Schleswig-Holsteins bei der Gründungstätigkeit ist eine weitere Folge der mittelstandsfeindlichen Politik von SPD, Grünen und SSW. Überzogene Bürokratie, schlechte Infrastruktur, Stillstand beim Ausbau der großen Verkehrswege und ein Klima des Misstrauens gegenüber Unternehmen durch die Koalition hinterlassen deutliche Spuren“, sagte dazu der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Johannes Callsen.

Auch wenn die Konjunkturlage derzeit gut sei, müssten SPD, Grüne und SSW diese Alarmsignale endlich ernst nehmen. Die CDU-Landtagsfraktion habe mit ihrem "Gesetz zur Entlastung des Mittelstandes" eine Alternative vorgelegt, die den Unternehmen wieder Freiraum gebe, Infrastruktur voranbringe, wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen ermögliche und Bürokratie abbaue.

Link zum Gründungsmonitor:

<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/Gr%C3%BCndungsmonitor-2016.pdf>

## **SPD, Grüne und SSW winken Kommunalwirtschaftsgesetz durch CDU: Albig-Regierung will private regionale Dienstleister per Gesetz in die Pleite zwingen**

In dieser Woche verabschiedeten SPD, Grüne und SSW eine Beschlussempfehlung für die umstrittene Reform des Kommunalwirtschaftsgesetzes. Ziel ist eine deutliche Stärkung der kommunalen Unternehmen, die zu Lasten privater Unternehmen geht.

Beispielsweise wird Kommunen ermöglicht, im Bereich der Fernwärme einen Anschlusszwang zu beschließen. „Das macht den Heizungsinstallateur überflüssig und damit arbeitslos. Die mit dem Handwerk geschlossene Marktpartnervereinbarung – mit der das angeblich unterbunden werden soll – ist nicht justiziabel und damit eine reine Beruhigungsschlinge“, erklärte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen dazu.

Auch die innenpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen warnte vor den Folgen des Gesetzes. Sie störte sich vor allem an der beabsichtigten Ausweitung der Beteiligungsrechte. „Stadtwerke sind in erster Linie für die Grundversorgung ihrer eigenen Bürger zuständig. Es gibt keinen Grund, dieses bisher erfolgreiche Geschäftsmodell aufzubrechen. Glücksritter müssen sie nicht sein“.

Darüber hinaus mache die Regelung es bedeutend schwieriger, Bürgerwindparks zu betreiben. „Energiewendeminister Habeck gibt sich auf Bundesebene als Kämpfer für Bürgerwindparks. Er hätte diesem Gesetzentwurf niemals zustimmen dürfen“, so Callsen.

---

## **Bundesweite Umfrage: Bürger wollen den Ausbau von Autobahnen CDU: Landesregierung regiert am Interesse der Menschen vorbei**



Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher

Am Dienstag dieser Woche veröffentlichte SPIEGEL ONLINE eine bundesweite Umfrage zum Ausbau der Infrastruktur, in der zum Bundesverkehrswegeplan 2030 abgestimmt werden konnte. Das Ergebnis ist eindeutig: Über 99 Prozent der Vorhaben werden befürwortet.

Im Falle des Ausbaus der A7 sprachen sich 88 Prozent dafür aus. Für den verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp war das ein eindeutiges Zeichen:



„Die Menschen wollen intakte Straßen. Die Autobahnprojekte im Land werden mit großer Mehrheit befürwortet. Die Verkehrspolitik der Landesregierung darf nicht länger vom Grünen-Parteiprogramm und einem unfähigen Minister bestimmt werden.“

Die grüne Blockade von Infrastrukturprojekten sei in Schleswig-Holstein aufgrund der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit von Verkehrsminister Reinhard Meyer zur Regierungslinie erhoben worden. Es werde so lange geprüft, diskutiert und begutachtet, bis nichts mehr voran gehe. Den Rest erledige die Koalition über den Haushaltsplan. Trotz zusätzlicher Haushaltsmittel für den Bundesverkehrswegeplan würden durch SPD, Grüne und SSW Stellen bei der Planungsbehörde gestrichen.

„Meyer lässt damit zu, dass die Blockade auf Jahre festgeschrieben wird, weil keine Projekte mehr geplant werden können“, so Arp.

Der CDU-Verkehrsexperte forderte die Koalition auf, ihren verkehrspolitischen Kurs endlich zu korrigieren. „Die Interessen der Menschen müssen die politische Linie bestimmen, nicht umgekehrt“, so Arp.

Link zur Umfrage:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/deutsche-wollen-mehr-autobahnen-umfrage-a-1094311.htm>  
|

---

### **CDU fordert weiterhin handlungsfähige Kommunalparlamente Verzicht auf Sperrklausel erschwert Parlamentsarbeit**



CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen

Am Mittwoch dieser Woche wurden im Innen- und Rechtsausschuss von SPD, SSW und Grüne Änderungen für wahlrechtliche Vorschriften beschlossen. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, kritisierte diese als nicht ausreichend:

„Leider bleiben die Reformen der Koalition weit hinter den Erwartungen zurück. Kommunen brauchen Handlungsfähigkeit. Hierfür tun die Regierungsfractionen nicht genug“, sagte Nicolaisen in Kiel.

SPD, Grüne und SSW seien nicht bereit gewesen, angesichts der zunehmenden Zersplitterung Zersplitterung der Kommunalparlamente eine vier-Prozent Sperrklausel einzuführen.

„Damit werden die Kommunalparlamente auch weiter gerade bei wichtigen umstrittenen Entscheidungen gelähmt. Die CDU-Fraktion wird sich weiter für handlungsfähige Kommunalparlamente einsetzen und das Thema auf der Tagesordnung behalten“, so Nicolaisen.

Allerdings hätten die Koalitionsfraktionen zumindest der Mehrheitsklausel zugestimmt, welche die CDU-Landtagsfraktion gefordert hatte. Damit seien die derzeit sichtbaren Verwerfungen, wonach absolute Stimmenmehrheiten bei der Wahl nicht zu absoluten Mehrheiten in Kommunalparlamenten führen, künftig nicht mehr möglich. „Alles andere wäre den Menschen auch nicht zu vermitteln gewesen“, so Nicolaisen.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)